

Pressemitteilung



3. November 2014

((2.639 Zeichen))

B15 neu-Gegner begrüßen Kreistagsentscheidung, B 299 neu statt B15 neu

Kreistag von Mühldorf lehnt Autobahntrasse B15 neu ab

Am Freitag stimmte der Kreistag von Mühldorf den Anträgen von CSU, SPD und Grünen zu, die gefordert hatten, die Autobahntrasse der B15 neu abzulehnen, welche als Anmeldetrasse der bayerischen Staatsregierung zum Bundesverkehrswegeplan eingereicht worden war.

Nach zwei Städten und 17 Gemeinden, sowie den Landkreisen Rosenheim und Ebersberg hat jetzt der Kreistag von Mühldorf als dritter Landkreis die B15 neu- Autobahntrasse abgelehnt. Einstimmig sprach man sich am Freitag dafür aus, die Suche nach einer neuen Linienführung zu beauftragen bei der die Dimensionierung an das zu erwartende Verkehrsaufkommen anzupassen sei. Insbesondere sei zu prüfen, ob dort, wo das Verkehrsaufkommen geringer ist, nicht auch eine kreuzungsfrei ausgebaute, zweispurige Straße, wie bei der Flughafentangente Ost (FTO), oder eine dreispurige Straße mit wechselnden Überholspuren, wie an der B 20 ausreiche. CSU und SPD forderten in ihrem Antrag, den Flächenverbrauch und die Schädigung der Landschaft auf das unbedingt notwendige Mindestmaß zu beschränken.

Transparenz des Planungsprozesses

„Der gesamte Abschnitt Landshut – Adlkofen ist nochmals entlang der bestehenden B15 zu prüfen“, forderten CSU und SPD. Die Suche nach einer neuen Trasse muss bestandsorientiert entlang einem schmalen Korridor an der jetzigen B15 erfolgen, verlangten die Grünen. Einig waren sich CSU, SPD und die Grünen auch darin, dass bei der Planung der Trassenführung die Bevölkerung und die verantwortlichen Politiker von Beginn an zu beteiligen sind. Kommunikation und Transparenz müssten im Mittelpunkt des gesamten Planungsprozesses stehen.

Ostumfahrung für Landshut

Die Gemeinschaft der Betroffenen und Gegner der Autobahntrasse Regensburg – Rosenheim (B15 neu) begrüßt die Entscheidung als vernünftig, die gesamte Trasse von Essenbach bis Rosenheim und sowie ihre Dimension nochmal auf den Prüfstand zu stellen. Ebenso positiv sehen sie die noch informelle Absicht von Kreistag und Stadtrat von Landshut, eine Machbarkeitsstudie für eine Landshuter Ostumfahrung in Auftrag zu geben. Schon bei der Präsentation der möglichen Trassen am vergangenen Freitag hatte sich ergeben, dass eine Ostumfahrung für die Stadt Landshut mehr Entlastung brächte, als die 10 km entfernte Autobahn B 15 neu.

Dies bestärkt die Autobahngegner in ihrer Forderung, lokalen Lösungen den Vorzug zu geben und die Autobahn B15 neu an der A92 enden zu lassen. Da die Konrad-Adenauer-Straße Teil der B299 ist, für die ebenfalls Mittel im Bundesverkehrswegeplan beantragt sind, wäre es sinnvoll und vernünftig, statt für die B15 neu Mittel für die Ostumfahrung als „B 299 neu“ zu beantragen, und die Straße in die Baulast des Bundes zu legen, anstatt sie, wie angedacht, als Kreisstraße selber zu finanzieren.

DIE GEMEINSCHAFT DER BETROFFENEN UND GEGNER DER B15 NEU
Pressemitteilung

Hinweis für den Verleger

Die Gemeinschaft der Betroffenen und Gegner der B15 neu wurde 1974 gegründet, als die Pläne für die geplante Trasse Regensburg – Rosenheim bekannt wurden. Seitdem haben sich zahlreiche Bürgerinitiativen dem Anliegen zum Stop der B15 neu angeschlossen.

Presseinformation

der Gemeinschaft der Betroffenen und Gegner der B15 neu und die Bürgerinitiativen
Stop B15 neu
Gisela Floegel
Vorsitzende der Gemeinschaft
84137 Vilsbiburg
Telefon 08741 6753

Anlage

((BannerAdlkofen-2.jpg, BU:))

Protest im Landkreis Landshut: Bürgerinitiativen STOP B15 neu mit Aktion „Ein Banner zieht durchs Land“